

# : Konferenz Bericht

sef:

Berliner Sommerdialog 2017

## Ausgrenzungen als Ursache von Gewalt. Ansätze für die internationale Zusammenarbeit

Larissa Neubauer

Mit der Agenda 2030 hat sich die internationale Gemeinschaft zum Ziel gesetzt, friedliche, gerechte und inklusive Gesellschaften zu fördern. Das Leitmotiv dafür lautet: „Niemanden zurückzulassen“: Angesichts der vielen Kriege und Konflikte, in denen benachteiligte Bevölkerungsgruppen oftmals schwer erreichbar sind, ist dieses Leitbild eine große Herausforderung. Deutlich wird dies auch in den Zahlen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD): Zwei Drittel der als fragil identifizierten Staaten haben die Ziele der Millenniumsentwicklungsziele verfehlt. Frieden und nachhaltige Entwicklung müssen deshalb zusammen gedacht werden.

Inwiefern spielen Ungleichheiten und Ausgrenzungen eine Rolle in der Entstehung und Fortführung innerstaatlicher Konflikte? Der diesjährige Berliner Sommerdialog ist dieser Frage nachgegangen und hat sich mit verschiedenen Formen von Ausgrenzungen in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Hinsicht beschäftigt. Ebenso diskutiert wurde die Frage, welchen Beitrag internationale Akteure leisten können, um friedensgefährdenden Ungleichheiten entgegenzuwirken.

### Ausgrenzung ethnischer Gruppen birgt Gewaltpotenzial

In seinem Eröffnungsvortrag skizzierte Professor Lars-Erik Cederman, Professor für Internationale Konfliktforschung am Zentrum für vergleichende und internationale Studien (CIS) der ETH Zürich, dass sich Missstände und individuelle Unzufriedenheit letztlich „in jedem Busch“ finden ließen und diese nicht zwingend Auslöser von innerstaatlicher Gewalt seien. Mit seiner Forschungsgruppe konnte Professor Cederman jedoch einen wichtigen Zusammenhang aufzeigen: Ethnische Gruppen, die keine oder nur mangelnden Zugang zu politischen Entscheidungen haben, rebellieren mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit gegen die führende Elite. Nicht zu unterschätzen sei dabei auch das „Gefühl“, politisch ausgesperrt zu sein, das in einigen Fällen stärker sein könne als die tatsächliche Ausgrenzung. Eine weitere wichtige Rolle für die Entstehung gewaltamer Konflikte spielten wirtschaftliche Ungleichheiten.



Berliner Sommerdialog 2017: Véronique Dudouet, Thomas Helfen, Angelika Spelten (Moderation), Ute Finckh-Krämer und Oury Traoré (v.l.n.r.)

Ethische Gruppen, die deutlich ärmer sind als der Rest des Landes, haben ein höheres Risiko, in einen Bürgerkrieg verwickelt zu werden.

### Junge Menschen am Arbeitsleben beteiligen

Die Ursachen für wirtschaftliche Ausgrenzung sind komplex – und hängen von der jeweiligen Situation des Landes ab. Oftmals fehlt es allerdings an den notwendigen Strukturen, um Menschen wirtschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. So existiert in Kambodscha, wie auch in anderen Entwicklungsländern, ein starkes Stadt-Land-Gefälle, das zu Ausgrenzungen führt. Jugendliche auf dem Land haben geringere Bildungschancen und damit auch weniger Chancen auf ein stabiles eigenes Einkommen. Sie bleiben stark armutsgefährdet. Jonathan Cohen, Geschäftsführer



Berliner Sommerdialog 2017: Jonathan Cohen

der Organisation Conciliation Resources aus London, verwies darauf, dass radikale Gruppen im Nahen und Mittleren Osten sowie in vielen afrikanischen Ländern diese wirtschaftliche Ausgrenzung zunehmend für ihre Zwecke nutzen. Sie bieten jungen Menschen Geld und Anerkennung für ihre Mitarbeit für die jeweilige Organisation; die fortschreitende Radikalisierung unter Jugendlichen schürt weitere Konflikte. Es braucht positive wirtschaftliche Anreize von außen, um dieses System und die Spirale der Gewalt wieder zu verlassen.

Bei der wirtschaftlichen Ausgrenzung von Jugendlichen setzt die Organisation SPARK an, wie Michel Richter, Co-Direktor der in Amsterdam ansässigen NGO, erläuterte. SPARK arbeitet in von Konflikten betroffenen Ländern in Afrika, auf dem Balkan, in Südosteuropa sowie im Mittleren und Nahen Osten. Jugendliche sollen zunächst Zugang zu Bildung erhalten. Darüber hinaus werden Strukturen aufgebaut, die den Jugendlichen als Jungunternehmer den Schritt in die Selbständigkeit ermöglichen. Der

Fokus liegt dabei vor allem auf Projektideen, die dauerhaft und nachhaltig Einkommen generieren und aufgrund der Nachfrage am Markt bestehen können. Die Programmentwicklung von SPARK erfolgt in allen Stufen in enger Absprache mit lokalen Akteuren vor Ort. Nicht einfach sei es dabei, so Richter, in Konflikten mit Regierungen zusammenzuarbeiten, deren Legitimität hinterfragt werde und somit teilweise auch die Legitimität der Arbeit von SPARK.

Innerstaatliche Konflikte und Kriege können durchaus gemischt auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes wirken. Im Falle von Sri Lanka lag das Wirtschaftswachstum trotz und aufgrund des Krieges bei sechs bis sieben Prozent. Gleichzeitig verschärften Einflüsse von außen den Konflikt und wirtschaftliche Ungleichheiten. Professor Indra de Soysa von der Norwegischen Universität für Wissenschaft und Technik in Dragvoll hob hervor, dass insbesondere Rücküberweisungen von Ausgewanderten eine kritische Wirkung hatten. Manche Familien in den Konfliktgebieten hätten so viel Geld von außen erhalten, dass Jugendliche jeglichen Anreiz zur Jobsuche und zur Finanzierung des eigenen Lebensunterhaltes verloren hätten.

### Alle gesellschaftlichen Gruppen politisch beteiligen

Neben der wirtschaftlichen Ausgrenzung führen auch politische Ausgrenzungen von Teilen der Gesellschaft zu Konflikten. Professor Cederman zeigte drei Varianten auf, wie mit ethnischer Diversität in einem Land politisch umgegangen werden kann: Vorherrschaft und Dominanz über die anderen Ethnien (z.B. in Syrien), die Aufspaltung eines Landes (z.B. Sudan und Südsudan) oder die Machtbeteiligung ausgeweiteter Gruppen. Die ersten beiden Beispiele zeigen, dass diese langfristig meist keine friedvollen Wege sind. Doch auch wenn die Machtbeteiligung ausgeweiteter Gruppen Konflikte am ehesten vermeiden kann, liegen Anspruch und Wirklichkeit inklusiver Prozesse oftmals noch weit auseinander.

Aurélien Tobie, Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts (SIPRI), erläuterte am Beispiel Mali, dass das Land auf dem Papier zwar mit einem äußerst inklusiven Anspruch arbeite. Das „echte“ Mali sei aber dennoch ein fragiler Staat, der nicht immer die notwendigen sozialen Dienstleistungen für seine Bürger aufbringen kann. Die Lage sei seit Jahren komplex – und schwankt zwischen fragiler Sicherheit, mangelnden wirtschaftlichen Möglichkeiten und den Verheißungen der Islamisten. Zudem sei eine gewisse geographische „Zweiteilung“ des Landes zwischen den schwer zugänglichen Sahara-Gebieten im Norden und den Landesteilen im Süden eine weitere Herausforderung.

Wie schwierig auch der Einfluss von außen sein kann, lässt sich laut Luxshi Vimalarajah, Programmdirektorin Dialog, Mediation & friedensfördernde Strukturen bei der Berghof Foundation in Berlin, an den nationalen Dialogen im Jemen sehen. Der Prozess wurde besonders intensiv von der internationalen Gemeinschaft begleitet, und schien auch in Bezug auf die Inklusivität eine Art Musterprozess zu sein. Dennoch stellte sich heraus, dass die Hauptakteure des Konfliktes nicht gut eingebunden waren. Diejenigen, die an den Dialogen teilnahmen, repräsentierten zudem nicht unbedingt die Menschen und Probleme auf lokaler Ebene.

Aus diesem Grund plädierte Dr. Sabine Kurtenbach, Senior Research Fellow am GIGA German Institute of Global and Area Studies in Hamburg, dafür, eher die kleinen lokalen Friedensinitiativen in den Blick zu nehmen. Dies sei vor allem dann wichtig, wenn die großen Prozesse auf nationaler Ebene scheiterten oder ins Stocken gerieten. Auf der untersten Ebene loteten lokale Friedenskomitees ganz praktische Lösungen aus, um mit allen gesellschaftlichen Gruppen in Frieden zu leben. Dr. Marianne Beisheim, Wissenschaftlerin in der Forschungsgruppe „Globale Fragen“ bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin, unterstützte diesen Ansatz. So müsse ein Weg gefunden werden, wie lokale Prozesse vernetzt und ausgeweitet werden können, um letztlich auch auf der nationalen Ebene zu einer friedvollen Entwicklung beizutragen.



Berliner Sommerdialog 2017: Sabine Kurtenbach

Einen Blick auf die „Ungeduld“ internationaler Akteure in Friedensprozessen und die benötigte Zeit für den Aufbau neuer Strukturen warf Dr. Ute Finckh-Krämer MdB, Mitglied des Unterausschusses Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln im Deutschen Bundestag. Sie unterstrich dabei die Bedeutung der lokalen Politik mit Blick auf die deutsche Geschichte. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg gab es zunächst ebenfalls keine Bundesregierung in Deutschland, aber vom ersten Tag an gab es wieder Bürgermeister und eine Kommunalpolitik.

Diese Erfahrung dürfe auch in den Ländern, in denen wir heute von außen eingreifen, nicht vergessen werden, so das Plädoyer von Finckh-Krämer.

## Gesellschaftliche Folgen von Gewaltkonflikten nicht vernachlässigen

Politische und wirtschaftliche Lösungen allein reichen allerdings nicht aus, um die gesellschaftlichen Folgen von gewalttamen Konflikten zu überwinden. Langfristig können Friedensschlüsse und die Beteiligung aller gesellschaftlicher Gruppen nur dann erfolgreich sein, wenn das gegenseitige Vertrauen in der Bevölkerung wieder hergestellt wird. Dies sei ein längerer Prozess. Dauerhaften Frieden zu schaffen bedeute nicht nur, Elemente eines Friedensabkommens umzusetzen, sondern auch die Gesellschaft insgesamt neu aufzustellen. Jonathan Cohen verwies auf das Ende des Nordirland-Konfliktes. Selbst 19 Jahre nach dem offiziellen Friedensschluss sei das Misstrauen und die Teilung der Gesellschaft bis hin zu den Schulen noch immer die größte Herausforderung. Auch in Kolumbien wird sich erst in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zeigen, ob nach dem Friedensschluss eine sozioökonomische und politische Transformation beginnen wird oder nicht.

Herausfordernd ist die Balance zwischen der Vergangenheitsbewältigung und der Frage, wie man nach einem Konflikt zukunftsorientiert miteinander leben kann. Wie schwierig eine „echte“ Aufarbeitung der Vergangenheit ist, beschrieb Marcos Smith, der für den Zivilen Friedensdienst in Kambodscha tätig ist. Der Vertrauensbruch durch die Khmer Rouge belastet die Gesellschaft nach wie vor sehr stark, jeder Kambodschaner hat in dem System Familienangehörige verloren. In Umfragen betrachten sich 90 Prozent der Bevölkerung als Opfer der Khmer Rouge. Die Frage danach, wer Opfer und Täter war, stellt weiterhin ein großes Politikum dar. Eine echte „Vergangenheitsbewältigung“ findet kaum statt. Auch für externe Akteure ist es schwierig, kritisch zu hinterfragen, was damals passiert ist. Oftmals stelle sich die Frage, ob den Opfern in den Prozessen wirklich zugehört wird und ob die Täter Verantwortung übernehmen, so Smith. Sabine Kurtenbach zog hier den Vergleich zu Lateinamerika, wo Eliten häufig weiterhin über dem Recht stehen, und damit eine echte Aufarbeitung verhindern. Die Gefahr, wieder in gewaltsame Strukturen zurückzufallen, bleibe groß.

Jonathan Cohen warnte davor, eine tiefergehende Aufarbeitung und Übernahme von Verantwortung zugunsten des Ansatzes von „social cohesion“ aufs Spiel zu setzen. Vertrauen müsse langfristig neu verdient werden. Seiner Meinung nach würden mit der Idee, Menschen mit Projekten wie Sportangeboten zusammenzubringen, die Kernfragen des Konfliktes und dessen Aufarbeitung in den Hinter-

grund gestellt. Dies könnte die Haltung der politisch Verantwortlichen, sich diesen Fragen nicht stellen zu wollen, weiter befördern.

## Verantwortung der internationalen Akteure zwischen Ausgrenzung und Konflikten

Die Rolle von internationalen Akteuren in Konflikt-situationen wurde durchaus ambivalent bewertet. Einerseits verwies Luxshi Vimalarajah darauf, dass externe Akteure eine neutrale Instanz sein können. Wenn das Misstrauen in der Gesellschaft und



Berliner Sommerdialog 2017: Heike Kuhn, Aurélien Tobie, Thomas Nehls (Moderation), Luxshi Vimalarajah (v.l.n.r.)

zwischen den Konfliktparteien zu groß ist, können Externe zwischen den Gruppen vermitteln und auch marginalisierte Akteure mit an den Tisch bringen. Internationales Engagement bietet auch die Möglichkeit, den Parteien, die an einem gesellschaftlichen Wandel interessiert sind, eine Stimme zu geben.

Aus Sicht der betroffenen Länder bewertete Oury Traoré, Geschäftsführerin des Madiba Institute for Leadership in West Africa (MILWA) in Dakar, das internationale Engagement durchaus kritisch. Sie plädierte dafür, dass internationale Organisationen viel stärker auf die lokalen Bedürfnisse eingehen

müssten und die Projekte mit den Menschen vor Ort entwickeln und umsetzen sollten. Oftmals würden sie Prozesse führen wollen, anstatt sie zu unterstützen. Die Notwendigkeit, stärker auf lokale Mechanismen zur Konfliktbehandlung zu achten und auf diesen Erfahrungen aufzubauen, unterstrich auch die Bundestagsabgeordnete Dr. Ute Finckh-Krämer. Sie wies allerdings auch darauf hin, dass es nicht immer einfach sei, die richtigen Akteure zu erkennen. Oftmals sei es auch notwendig, mit den sogenannten „bad guys“ zu verhandeln, um einem Friedensschluss näher zu kommen. Dr. Thomas Helfen, Referatsleiter „Frieden und Sicherheit; Katastrophenrisikomanagement“ im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Berlin unterstrich, dass die offizielle Entwicklungszusammenarbeit immer wieder selbst hinterfragen müsse, inwiefern eigene Maßnahmen möglicherweise Konflikte im jeweiligen Land erzeugen und verschärfen könnten.

## Ausblick

Der Berliner Sommerdialog 2017 machte deutlich, wie wichtig es ist, in allen Kontexten sensibel auf Ausgrenzungen und mögliche Konfliktentwicklungen und -verschärfungen zu achten. Grundsätzlich ist die Inklusion aller (Konflikt-)Parteien gewünscht. Die gute und richtige Umsetzung hingegen gelingt noch nicht immer.

Ausgrenzungen und Konfliktbewältigung sind langwierige Prozesse. Projektzyklen in der Entwicklungszusammenarbeit sind oftmals zu kurz, um langfristige Veränderungen in der Gesellschaft erreichen zu können. Deshalb wäre es sinnvoll, stärker die Ressourcen und Erfahrungen wahrzunehmen, die bereits vor Ort vorhanden sind. Durch die gezielte Unterstützung von konstruktiven Kräften vor Ort könnten nachhaltigere Projektergebnisse erzielt werden.

Der Blick allein auf die Ursachen von Gewalt und Konflikten ist dafür nicht ausreichend. Um dem Ziel der Agenda 2030 näher zu kommen und friedliche und inklusive Gesellschaften zu schaffen, ist auch die Frage notwendig, welche Faktoren einen dauerhaften positiven Frieden sichern.

## Impressum

Die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef.) wurde 1986 auf Initiative von Willy Brandt gegründet. Als überparteiliche und gemeinnützige Stiftung bietet sie ein hochrangiges internationales Forum für das gemeinsame Nachdenken über drängende Fragen von Frieden und Entwicklung.

Die Berichte zu den Konferenzen und Veranstaltungen der sef: informieren in kompakter Form über die Diskussionen und Ergebnisse.

**Herausgeberin**  
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef.)  
Dechenstr. 2 : D-53115 Bonn  
Tel. 0228 959 25-0 : Fax 0228 959 25-99  
sef@sef-bonn.org : [@sefbonn](http://www.sef-bonn.org)

**Redaktion**  
Dr. Michèle Roth

**Design Basiskonzept**  
Pitch Black Graphic Design  
Berlin/Rotterdam

Die Inhalte geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder.

**Gestaltung**  
Gerhard Süß-Jung

© sef: 2017